

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark voraus zahlbar. Unser Preisband für Deutschland, Dänzig, Genua- und Rheinlande, Österreich, Litauen, Luxemburg 4.25 Goldmark, für das übrige Ausland 5.25 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Boll und Reit“ mit „Gedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“, erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 28. Mai 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vollständig: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diktoria-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierelastik 0.20 Goldmark, Reklamelastik 4.- Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0.20 Goldmark (außer zwei fertige Worte), jedes weitere Wort 0.10 Goldmark. Streifenelastik das erste Wort 0.10 Goldmark, jedes weitere Wort 0.05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben ablesen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0.50 Goldmark. Eine Goldmark - ein Dollar geteilt durch 4.26.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Reichstagskrach und Regierungswirrwarr

Sprengung der ersten Reichstagsitzung - Auf der Regierungssuche.

Als man gestern im Reichstag nach dem großen Kadaver der Kommunisten wieder allmählich daran zu denken begann, daß das Deutsche Reich eine Regierung braucht, schien man sich klar darüber zu sein, daß nach Lage der Umstände kaum eine andere Kabinettsbildung zu denken sei als durch den bisherigen Reichstanzler Marx. Man nahm an, daß im Laufe des heutigen Tages seine Wiederbetragung durch den Reichspräsidenten erfolgen werde und daß ihm auch die Bildung eines Kabinetts der bürgerlichen Linken gelingen würde, wobei man etwas sorgenvoll auf die Volkspartei blickte. Zweifellos ist durch die Extratouren, die sich diese Partei mit den Deutschnationalen geleistet hat, die innere Festigkeit der „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“ und das gegenseitige Vertrauen innerhalb dieser Gruppierung stark ins Wanken gekommen. Aber diejenigen, die für Marx optimistisch denken, beriefen sich darauf, daß der Beschluß der Mitte, die Verhandlungen mit den Deutschnationalen abzubreaken, einstimmig gefaßt worden sei.

Aber sie hatten nicht mit der Volkspartei gerechnet! Eine neue Extratour der Volkspartei mit den Deutschnationalen kam in Gang. Eine parteiamtliche Rundgebung der Volkspartei widerruft die Einmütigkeit des Beschlusses der Mitte und kündigt neue Verhandlungen mit den Deutschnationalen an. Aller Optimismus für Marx ist damit widerlegt. Neben das Schauspiel des rasenden Reichstags tritt das nicht minder beschämende Schauspiel der völligen Verwirrung in der Regierungsfrage. Wird demnach noch an eine Regierung der Mitte zu denken sein?

Die neue Regierung der Mitte wird, wenn sie überhaupt zustande kommt, vor ungeheurer schwieriger Aufgaben stehen. Wir reden in diesem Zusammenhang nicht davon, ob der Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung überhaupt formel arbeitsfähig sein wird. Wird er es, dann handelt es sich darum, für die Arbeit des Kabinetts die erforderlichen Mehrheiten zu schaffen, und das wird nichts weniger als einfach sein.

Ein Versuch, mit wechselnden Mehrheiten zu regieren, muß zu den schwersten Erschütterungen führen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist bereit, die Gesetze, die zur Ausführung der Sachverständigenvorschlüsse notwendig sind, anzunehmen. Sie muß aber von der Regierung verlangen, daß sie sich auch bei der sozialen Lastenverteilung nicht etwa von der Rechten ins Schlepptau nehmen läßt.

Ohne die Hilfe der sozialdemokratischen Arbeitervertreter läßt sich eine den wirklichen Interessen Deutschlands entsprechende Außenpolitik nicht treiben. Ohne diese Hilfe ist auch die Aufrechterhaltung des Staats in seiner gegenwärtigen Verfassung unmöglich. Von der neuen Regierung muß daher gefordert werden, daß sie eine republikanische und soziale Politik treibt. Eine solche Politik läßt sich, wenn notwendig, auch durch einen neuen Appell an das Volk durchsetzen, aber nur unter der Voraussetzung, daß zuvor der ernste Wille gezeigt worden ist, sie auch ernstlich durchzusetzen.

Das Glend breiter Volksmassen schreit zum Himmel. Es ist keine Regierung erträglich, die nicht die Wilderung dieses Glends zum Richtpunkt ihres gesamten Handelns wählt. Ist doch der Reichstag in seiner heutigen Zusammensetzung ein Ausbruch dieses ungeheuer materiellen und sozialen Glends und der durch dieses hervorgerufenen geistigen Verwirrung. Nur ein starker Wille kann sich den Weg durch diese Wildnis erzwingen, eine ängstliche Kompromiß- und Schaupolitik wird dazu niemals imstande sein.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, als stärkste republikanische Partei den Sitz des Reichstagspräsidenten für sich zu beanspruchen. Sie wird bei der heutigen Wahl für den bisherigen Präsidenten, den Genossen Löbe stimmen, während die Deutschnationalen darauf bestehen, daß sie nach Einverleibung der Landliste die überhaupt stärkste Fraktion seien und auf den Präsidentensstuhl Anspruch hätten, für den sie Herrn Wallraf in Vorschlag bringen. Der Ausgang der heutigen Präsidentenwahl wird ein Symptom dafür sein, ob die Parteien der Mitte gewillt sind, eine republikanische Politik zu treiben oder ob sie einen so wichtigen repräsentativen Platz der Republik einem Monarchisten überlassen wollen.

Indem die sozialdemokratische Fraktion an Löbe als Präsidenten, gegen dessen eigenen Wunsch, festhielt, erbrachte sie den Beweis dafür, daß sie für die Zurückführung der Politik auf republikanische Bahnen Opfer zu bringen bereit ist. Denn es war für sie sicher kein leichter Entschluß, einen ihrer besten Männer auf einen Posten zurückzubeordern, der

unter den gegenwärtigen Umständen wahrhaftig alles andere als beneidenswert ist. Sie zeigt durch ihn, daß sie bereit ist, sich für die Republik, für die parlamentarische Demokratie und ihre notwendige Ordnung voll einzusetzen, gegen diejenigen, die in verbrecherischem Unverstand an diesen Grundlagen für den Aufstieg der Arbeiterklasse zu rütteln versuchen.

Die Ereignisse der letzten Tage haben gezeigt, daß sich die Sozialdemokratie als ein wichtiger Faktor der äußeren wie der inneren Politik behauptet. Mit ihr wird jedermann zu rechnen haben für die Gegenwart wie für die Zukunft, für diese um so mehr, als der Kommunismus in seiner gegenwärtigen tollhäußerischen Erscheinungsform sich sehr rasch abzuwickeln muß. Eine Bürgerblockregierung hätte mit der unversöhnlichen Gegnerschaft der Sozialdemokratie zu rechnen, eine solche Regierung vermöchte nichts anderes, als nach außen und innen zur Katastrophe zu treiben. Mögen diejenigen von rechts und ganz rechts, die noch immer im träben fischen wollen, es sich gesagt sein lassen, daß sie zwar das Wasser trüben, aber dabei keine Beute holen können. Was jetzt die Volkspartei von dem einen Ende und die Kommunisten von dem anderen her betreiben, die Zerstörung der parlamentarischen Demokratie, wird den Schuldigen nicht zugute kommen.

Sind alle Wege und Auswege vergebens geprüft, dann kann nur noch ein Umschwung der Volksgemeinnung Deutschland retten. Für diesen Umschwung im Geist der aufbauenden Arbeit der Sozialdemokratie gilt es unermülich zu wirken - wer weiß, wie nahe die Stunde ist, die die letzte Entscheidung bringt!

Die Volkspartei für den Bürgerblock.

Fortsetzung der Verhandlungen mit den Deutschnationalen?

Die Deutsche Volkspartei gibt folgende Mitteilung aus: In einem Teil der deutschen Presse werden Behauptungen aufgestellt, monach auch die Fraktion der Deutschen Volkspartei die Verhandlungen über den Bürgerblock als gescheitert betrachte. Demgegenüber wird von dem Pressedienst der Deutschen Volkspartei festgestellt, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei nach wie vor daran festhält, daß innen- und außenpolitische Gründe die Schaffung einer großen bürgerlichen Regierungsmehrheit von Deutschnationalen bis Demokraten dringend erfordern und daß in diesem Sinne die Verhandlungen weitergehen.

Die Deutsche Volkspartei hat die Lage abermals verwirrt. Sie handelt wie ein Vorposten der Deutschnationalen im Lager der Mittelparteien. Lauter als ihr stilisiertes Bekenntnis zu der Außenpolitik der bisherigen Regierung spricht ihr Drängen zu den Deutschnationalen. Die „Deutsche Tageszeitung“, die in dem Programm der Mittelparteien Brücken zur Verständigung sehen wollte und der Volkspartei deshalb Anerkennung zollte, hat von vornherein mit dieser Haltung der Volkspartei gerechnet. Diese Erklärung der Volkspartei in dieser Situation ist eine weit

Schiedspruch im Ruhrkampf.

Die mehrtägigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zur Schlichtung des Riesenkampfes im Ruhrbergbau sind gestern, Dienstag, spät abends durch einen Schiedspruch beendet worden. Die Formulierung des umfangreichen Textes hat soviel Zeit in Anspruch genommen, daß die Veröffentlichung in der vorliegenden Nummer des „Vorwärts“ noch nicht erfolgen kann.

Die Bergarbeiterorganisationen, und zwar der Gewerkschaftsbund deutscher Bergarbeiter Deutschlands und der Verband der Bergarbeiter (aller Verband) haben für heute nachmittag eine Konferenz des Ruhrgebietes nach Bochum einberufen, um zu den neuen Vereinbarungen Stellung zu nehmen.

Der Wortlaut des Schiedspruches wird erst heute den Konferenzern bei ihrem Zusammentritt bekanntgegeben, um eine vorzeitige Beeinflussung der Parteien zu verhindern und eine objektive Stellungnahme zu ermöglichen.

Wie die Telegraphen-Union aus bergbaulichen Kreisen erfährt, sind die Einigungsverhandlungen für den sächsischen Steinkohlenbergbau, die gestern nachmittag im Reichsarbeitsministerium stattfanden, ergebnislos verlaufen. Ob es nochmals zu neuen Verhandlungen kommen wird, erscheint zweifelhaft. Es ist daher für den sächsischen Bezirk mit der Fortdauer des Konflikts zu rechnen.

schlimmere Schädigung der außenpolitischen Stellung Deutschlands, als es die Verhandlungen waren, die bisher zwischen Mittelparteien und Deutschnationalen geführt wurden.

Die Antwort der Deutschnationalen.

Sie bestehen auf Tirpitz.

Die deutschnationalen Reichstagsfraktion trat gestern abend zu einer Besprechung über die Regierungsbildung zusammen. Es wurde erneut beschlossen, Großadmiral v. Tirpitz für den Kanzlerposten in Vorschlag zu bringen.

Hergt wieder zum Reichspräsidenten gebeten.

Der Abg. Hergt ist vom Reichspräsidenten nochmals für morgen vormittag zu einer Rücksprache über die politische Lage eingeladen worden.

Der Reichspräsident hatte gestern um 5 Uhr eine informatorische Besprechung mit dem Reichstanzler Marx. Um 6 Uhr hatte er eine Unterredung mit dem Abgeordneten Stegerwald über die Möglichkeit einer Regierung auf der Grundlage sämtlicher bürgerlicher Parteien.

Nach Stegerwald empfing der Reichspräsident nachmols den Abg. Scholz als Vertreter der Deutschen Volkspartei. Die Deutsche Volkspartei ließ durch Scholz erklären, daß sie die Bemühungen um die Bildung einer Regierung auf der Grundlage des Bürgerblocks nach fortsetze.

Erste Sitzung - erster Skandal.

Die erste Sitzung des neugewählten Reichstags ist in Tumult untergegangen. Der Alterspräsident Genosse Bodschloß sie, da er sich nicht mehr verständlich machen konnte, indem er den Hut aufsetzte und sich entfernte.

Die Sprengung der ersten Reichstagsitzung war ein Werk der Kommunisten, in der Fraktion gegen eine gemäßigte Minderheit beschlossen und nach sorgfältiger Regie und allen Feinheiten der Lausbühnerei in Szene gesetzt. Pfeife und Blechtrumpetenklänge mischten sich mit den Klängen der Internationalen. Arme, beschmuckte Internationalen!

Die Rohheit der Kommunisten wirkte um so beschämender, als sie sich gegen den Alterspräsidenten des Reichstags, den im 79. Lebensjahre stehenden Genossen Bodschloß, der mehr als ein halbes Jahrhundert in der Arbeiterbewegung steht. Ohne die schreiliche Verwilderung durch den Krieg wäre es gar nicht denkbar, daß jene Burischen es überhaupt wagen konnten, die Stimme eines Greises, der durch sein hohes Alter zur Würde des Präsidenten berufen war, durch ihr Geheul zu übertönen. Und das wollen Arbeitervertreter sein! Arme, geschändete Arbeiterbewegung!

Herr Koenen, jetzt ein „Gemäßigter“, der sofort durch den „radikaleren“ Thaelmann öffentlich korrigiert wurde, behauptete, die Kommunisten seien erregt, weil sich einige Mitglieder ihrer Fraktion im Gefängnis befänden. Von dieser Erregung hat man nicht das geringste bemerkt, man hörte nur grölendes Wihe, gelientes Gelächter und sah freudig grinsende Gesichter. Da war keine Spur von Erregung, das war nur Schmierentomödie.

Während die Kommunisten ihr Theater vorbereiteten, beschäftigte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in erster Beratung mit der Tatsache, daß ein Mitglied der völkischen Fraktion und fünf Mitglieder der Kommunisten durch Haft von den Reichstagsverhandlungen ferngehalten werden. Es gab nur eine Meinung darüber, daß der Reichstag in Wahrung des parlamentarischen demokratischen Prinzips bei der ersten sich geschäftsordnungsmäßig bietenden Gelegenheit die Freilassung seiner in Haft befindlichen Mitglieder beschließen müsse. Der Wortlaut der Geschäftsordnung läßt keinen Zweifel daran, daß diese erste Gelegenheit gegeben ist, sobald das Haus sich konstituiert und sein Präsidium gewählt hat. Die Beratung von Anträgen vor der Wahl des Präsidiums läßt die Geschäftsordnung nicht zu.

Kam es den Kommunisten wirklich darauf an, die verhafteten Abgeordneten frei zu bekommen, so mußten sie sich der Geschäftsordnung fügen und den sozialdemokratischen Vorschlag unterstützen. Wurde dieser Vorschlag angenommen, dann bestand Aussicht, daß sich tatsächlich eine Mehrheit für die Freilassung entschied. Denn Sozialdemokraten, Kommunisten und die durch den Fall Kriebel mitinteressierten Völkischen verfügen zusammen über etwa 190 Stimmen, es genügen weniger als 50 Stimmen aus den anderen Parteien, um den Antrag durchzubringen.

Daß aber der Reichstag sich nicht durch das Loben der Kommunisten dazu zwingen lassen würde, die Freilassung

Gewerkschaftsbewegung

Einspruch gegen die Befoldungsneuregelung.

Die Beamten-Epigenorganisationen, und zwar der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, der Deutsche Beamtenbund, der Gesamtverband deutscher Beamtenvereine und der Gewerkschaftsring, haben gestern bei den Fraktionen des Reichstags gegen die von der Reichsregierung vorgenommene Befoldungsneuregelung scharfen Einspruch erhoben. Begründet wird der Einspruch nicht nur mit der Unzulänglichkeit der Aufbesserungen, sondern namentlich auch mit deren völlig unsozialer Gestaltung. Die Epigenorganisationen erblicken die Fraktionen, anstelle der von der Regierung vorgeschlagenen Regelung eine Neuregelung zu sehen, welche die aufzuwendenden Mittel zur Sicherung der Lebensmöglichkeiten aller Beamten verwendet. Den Darlegungen haben sich die Organisationen der Reichsangeestellten vollinhaltlich angeschlossen. In der Eingabe heißt es:

Alle Möglichkeiten, die unzureichende Befoldung noch weiter zu ertragen, sind erschöpft. Selbst unentbehrlicher Hausrat ist veräußert. Die Ernährung ist auf ein unerträgliches Maß beschränkt. Bei spärlicher Wirtschaftsführung reichen die Bezüge in den unteren Gruppen nicht für das nackte Leben. Die Befoldungsaufbesserung vom 1. April 1924 brachte keine fühlbare Erleichterung. Im Monat Mai steigerte sich die Not zur Katastrophe und in einem einzigen Hilferuf wandte sich die Beamtenschaft an die Reichsregierung, die das Recht und die Pflicht hat, der wirtschaftlich zusammengebrochenen Beamtenschaft die Lebensmöglichkeit wiederzugeben.

Statt dessen erkennt die Reichsregierung nur für die höheren Befoldungsgruppen die Notwendigkeit einer fühlbaren Aufbesserung an. Sie gewährt z. B. der Befoldungsgruppe XIII eine Erhöhung des Grundgehaltes um 71 Proz. oder monatlich 332,50 M. mehr. Den Beamten der Befoldungsgruppe II und III billigt sie dagegen nur 17 Proz. Erhöhung des Grundgehaltes zu. Diese Beamten erhalten demnach nur Mehrbeträge von 14,50 M. bis 16 M. monatlich. Im besetzten Gebiet beträgt die Erhöhung infolge der gleichzeitigen Herabsetzung der örtlichen Sonderzulage nur 9 M. bis 10,20 M. im Monat für die beiden vorgenannten Befoldungsgruppen. Die Beamten in diesen Stufen würden daher erst in einem Zeitraum von ungefähr drei Jahren den Betrag als Erhöhung erhalten, den die Regierung für die Beamten der Befoldungsgruppe XIII als Mindestherabsetzung in einem Monat für erforderlich erachtet. In den Verhandlungen im Reichsfinanzministerium wurde bereits von den Beamtenepigenorganisationen auf die unaussprechliche und jetzt bereits eingetretene Empörung der Beamten in den besetzten Gebieten hingewiesen, die die wiederholte Herabsetzung der örtlichen Sonderzulage auszusöhnen geeignet ist. Diese Herabsetzung ist nach der Auffassung der unterzeichneten Epigenorganisationen politisch denkbar unflugs.

Die Beamten in den niederen Gehaltsgruppen waren auch in Friedenszeiten nur kärglich besoldet. Dabei reichte die Besoldung bei diesen nur zur Befriedigung der dringendsten Lebensbedürfnisse. Der Fortdauer der jetzigen Einschränkung sind jedoch zeitlich Grenzen gesetzt und es ist unumgänglich, den Entbehrensfaktor für die Beamten in den niederen Befoldungsgruppen in demselben Maße oder gar noch stärker zu steigern, wie bei den Beamten der höheren Befoldungsgruppen. Das Friedensgehalt als Maßstab zu nehmen, erscheint außerdem in einem Zeitpunkt, wo die gesamte Lebenshaltung noch keineswegs auf den Friedensstand abgestellt werden kann, höchst anfechtbar.

Diese Tatsache hat die Reichsregierung bei dieser Befoldungsregelung nicht beachtet. Sie will z. B. den Beamten in den unteren und mittleren Befoldungsgruppen nach nicht einmal den gleichen Hundertsatz des Friedenseinkommens für ihre Leistung zubilligen, wie den oberen Befoldungsgruppen.

Der neue Buchdruckertarif.

Der Manteltarif sowie der Lohnvertrag für das deutsche Buchdruckerverber gehen am 31. Mai ab. Von einer allgemeinen Revision des gesamten Tarifvertrages wurde bei den nun beendigten Verhandlungen infolge der zurzeit noch schwankenden Wirtschaftslage Abstand genommen. Beide Tarifparteien beschränkten sich bei der Antragstellung auf die wichtigsten grundsätzlichen und materiellen Fragen. Die Erledigung dieser Punkte gestaltete sich aber teilweise so kompliziert und außerordentlich schwierig, daß es einer zehntägigen angestrengten Verhandlung bedurfte, ehe eine Verständigung erzielt werden konnte. — Die Unternehmervertreter machten alle Anstrengungen, vor allen Dingen die 53 ständige Arbeitswoche im Tarif zu verankern und die Spanne zwischen den einzelnen Lohnklassen noch bedeutend zu erhöhen. Der Wochenlohn sollte durch den Stundenlohn ersetzt werden. Die Ferienfrage und andere Bestimmungen sollten eine recht erhebliche Verschlechterung erfahren. Die Arbeitervertreter lehnten diesen Anträgen ein entschiedenes Nein entgegen, und es gelang, die Verschlechterungsanträge nicht nur abzuwehren, sondern in manchen Punkten ganz nennenswerte — wenn auch im allgemeinen nicht befriedigende Verbesserungen gegenüber dem bisher geltenden Zustand durchzusetzen.

Von den wichtigsten Bestimmungen sei zunächst das neue Arbeitszeitabkommen erwähnt, das folgenden Wortlaut hat:

Die wöchentliche tarifliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden.

Weißer Zähne

erzielen Sie schon durch 1-2 maliges Wischen mit der herrl. erweichend schmelzenden Zahnpaste **Chlorodont**. Gegen üblichen Mundgeruch wird auch mit Erfolg **Chlorodont**-Mundwasser verwendet.

Je nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Betriebes können für Betriebe oder für einzelne Betriebsabteilungen vom Arbeitgeber nach Rücksprache mit der gesetzlichen Betriebsvertretung Mehrstunden bis zur höchstzulässigen von wöchentlich 5 Stunden, für Maschinenfahrer 3 Stunden angeordnet werden.

Diese Mehrstunden sind für jede Stunde mit dem 48. Teil des Wochenlohns zuzüglich eines Aufschlags von 12 1/2 Proz. zu bezahlen. Für die darüber hinausgehende Arbeitszeit ist der tarifliche Ueberstundenzuschlag zu zahlen. (Bei der Feiertags- und Ferienbezahlung werden die Mehrstunden nicht berücksichtigt.)

Schichtarbeiter erhalten für die außerhalb der üblichen Tagesarbeitszeit liegenden Arbeitsstunden folgende Zuschläge auf den Stundenverdienst: von 6 bzw. 7-9 Uhr abends 15 Proz., von 9-11 Uhr 25 Proz., von 11-2 Uhr 30 Proz., und von 2-6 bzw. 7 Uhr morgens 40 Proz. (§ 3, Ziff. 4). Für durchgehende Arbeits-

Der Hunger in den Bergarbeiterhütten

Ist der beste Bundesgenosse der Zechenbesitzer. Ihn bekämpfen ist nicht nur die Pflicht der Solidarität, sondern ganz einfach

die Pflicht der Menschlichkeit.

Spenden können übermittelt werden an das Reichsbank-Giro-Konto der „Deutschen Kapitalverwertungsgesellschaft“ oder auf Postcheckkonto Nr. 149168, Berlin, der „Deutschen Kapitalverwertungsgesellschaft“ oder Postcheckkonto Nr. 7930, Berlin, Hermann Kube.

Gebt für die Bergarbeiter!

zeiten, die zwischen vorm. 11 und 1 1/2 Uhr beginnen, werden wöchentlich außerdem 1 1/2 Lohnstunden vergütet.

Für die Errechnung der Löhne gilt folgende Grundlage: Verheiratete Gehilfen der Klasse B (21-24 Jahre) erhalten 6 Proz., verheiratete Gehilfen der Klasse A (bis 21 Jahre) erhalten 15 Proz., und Ausgelernte (im 1. Gehilfenjahr) erhalten 30 Proz., weniger als der Tariflohn für die verheirateten Gehilfen der Klasse C beträgt. Ledige erhalten 6 Proz., weniger als die Verheirateten ihrer Altersklasse. — Die Bezahlung für regelmäßige Sonntagsarbeit ist auf 80 Proz. und für Arbeit am 1. und 2. Ostf., Pfingst- oder Weihnachtstag auf 125 Proz. erhöht worden. Ferner ist eine halbe, in Gemeinden mit mehr als 25 000 Einwohnern eine ganze Sonntagsstunde als Grundentschädigung zu zahlen.

§ 7 erhält als Ziff. 5 folgende neue Fassung: Bei Dienstverhinderung infolge Betriebsunfall im Sinne der R.B.O. wird dem mindestens 6 Monate im Betriebe tätigen Gehilfen der Unterschied zwischen dem Krankengeld und dem Tariflohn seiner Altersklasse auf die Dauer von 4 Wochen gewährt.

Ueberstunden werden mit 25, 45 bzw. 60 Proz. Aufschlag entschädigt. (Die Vermeidung von Ueberstunden ist anzustreben durch Einstellung von Arbeitslosen oder durch Einlegung von Schichten nach Maßgabe der betrieblichen und technischen Möglichkeiten.)

In § 8, Ziff. 4 u. 8 wird die festgesetzte Entschädigung von 10 Proz. auf 1/2 Lohnstunde erhöht.

Für Maschinenfahrer wird der bisherige Aufschlag von 7 1/2 auf 15 Proz. erhöht. Die Sonderbestimmungen für Drucker lauten im § 17: Im allgemeinen soll der Drucker nicht mehr als eine Schnellpresse oder zwei Treibdruckpressen bedienen. Bei einfachen Arbeiten und Arbeiten in größerer Auflage, die eine andauernde Beaufsichtigung nicht erfordern, kann der Drucker auch zu anderen ihm zustehenden Arbeiten herangezogen werden.

Der Epigenlohn beträgt ab 31. Mai wöchentlich 33,60 M., gleich 70 Pf. Stundenlohn. Für Berlin gelten danach folgende Mindestlohnhöhe: Klasse C, verh. 33,60, ledig 31,58; Klasse B verh. 31,58, ledig 29,59; Klasse A verh. 28,56, ledig 26,86; Ausgelernte 23,52 M.

Die Lohnvereinbarung gilt bis 1. August. Wird sie nicht 3 Wochen vor Ablauf gekündigt, so verlängert sie sich automatisch um 4 Wochen mit der gleichen Kündigungsfrist. — Manteltarif einschließlich Arbeitszeitabkommen laufen bis 31. Januar 1925. Wird nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt, so tritt Verlängerung um 3 Monate ein.

Wie „Unterstützungen“ verteilt werden.

Von der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft wird uns geschrieben:

Aus einer dringlichen Eingabe der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft an das Reichspostministerium vom 22. Mai 1924 erfährt man recht erbauerliche Tatsachen. Bei den letzten Entscheidungen der Oberpostdirektion Berlin eine Ausschüttung von Beträgen vorgenommen worden, die in neun Tagen verteilt sein sollten. Aus Titel 10 (Notstandsbeihilfen) waren der Oberpostdirektion 30 000 M., aus Titel 38 (Unterstützungen) 49 000 M. überwiesen worden. Von den letzteren wurde den Verkehreanstalten des Bezirks überhaupt nicht Kenntnis gegeben, sondern nur zur Verteilung der Notstandsbeihilfen wurden Vorschläge eingefordert.

Für die Verteilung dieser Notstandsbeihilfen besteht die Vorschrift, daß bis zu 60 Proz. der belegten Ausgaben Beihilfen gewährt werden können. Die Anweisung an die Verkehreanstalten, Besuche um Notstandsbeihilfen bei der D.P.D. vorzulegen, geschah in so kurzer Frisistellung (1 Tag), daß es den Verkehreanstalten in der Mehrzahl der Fälle nicht möglich war, die wirklich Notleidenden Beamten auf diese fürsorgende Maßnahme hinzuweisen, noch dazu, als besonders die nachträgliche Beibringung von Belegen verlangt wurde.

Die Folge davon war, daß von 38 000 Beamten im Bezirk nur 1405 Besuche = 3 Proz. berücksichtigt werden konnten, während auf der D.P.D. 396 Besuche Genehmigung fanden, von den im Laufe der D.P.D. Ausrüstendamm Dienst verrichtenden Beamten also so ziemlich jeder dort Beschäftigte Gelder erhielt. Und noch dazu so, daß — da es sich bei den Geldern der D.P.D. in der Hauptsache um Unterstüttungen aus Titel 38 handelte — die D.P.D. Beamten diese Mittel überwiegend ohne Belege erhielten, während die Beamten der Verkehreanstalten fast sämtlich noch verpflichtet wurden, Belege beizubringen.

Es ist klar, daß diese Verwendung von Mitteln glattweg auf einen Mißbrauch amtlicher Gelder hinausläuft. Und es ist ebenso klar, daß — nachdem diese Dinge auf den Verkehreanstalten Groß-Berlins bekannt wurden — die Empörung unter den Beamten über diese den Absichten des R.P.M. widersprechende Regelung ungeheuer anwuchs. Es ist vom sozialen Standpunkt unbegreiflich und unvertretbar, wenn Beamte der Befoldungsgruppe X und XI — um nur diese anzuführen — auf eine solche eigenartige Weise um eine „Unterstützung“ einkommen und ihnen die auch in Höhe von 150 Mark gewährt wird, während die auf den Beamten des Bezirks beschäftigten Arbeitsbeamten der Deutschen Reichspost, die nicht über so gute „Informationen“ verfügen — beispielsweise ein Postkassener mit 2 Kindern — noch nicht einmal so viel Gehalt im Monat verdienen, als dort als „Unterstützung“ gezahlt worden ist.

Hervorzubeden verdient noch, daß trotz der Notwendigkeit, eine gerechte Verteilung mit Hilfe des Bezirksbeamtenausschusses zu versuchen, von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht worden ist.

Die Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft beantragte daher: 1. eine Nachprüfung der vorgelegten Unterstützungsgesuche vorzunehmen; 2. unberechtigtweise als „Unterstützung“ bezeichnete Gesuche namentlich von Beamten der Befoldungsgruppen X—XI unter Rückforderung der gezahlten Beträge zurückzugeben; 3. bei den vorzunehmenden Nachprüfungen ein Gewerkschaftsmitglied hinzuziehen und 4. in Zukunft die D.P.D.en anzuweisen, in Fällen derartiger Bereitstellung außergewöhnlicher Mittel die Bezirksausschüsse zur Mitwirkung heranzuziehen.

Die Eisenformer zur Ausschuffrage.

Eine öffentliche Branchenversammlung sämtlicher Eisenformer und Berufsgenossen nahm gestern Stellung zum Angebot der Unternehmer bezüglich der Bezahlung des Ausschusses. Die Vorschläge der Unternehmer vom 6. Mai: „Oberster Grundlag bei der Bezahlung von Ausschuss und fehlerhaften Gußstücken ist, daß der Former für das Ergebnis seiner Arbeit voll verantwortlich ist; Ausschuss und fehlerhafte Gußstücke fallen daher ohne Prüfung der Schuldfrage aus der Artfordberechnung heraus“, wurden von der Verhandlungskommission abgelehnt. Die Versammlung billigte die Stellungnahme der Arbeitnehmervertreter und nahm den weiteren Vorstoß der Unternehmer an, die Ausschuffrage bezüglich zu regeln. Die Berliner Eisenformer werden dafür sorgen, daß für sie günstigere Richtlinien als die bisherigen festgelegt werden.

Eisenbahnkonflikt in München.

München, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Gesamteisenbahnpersonal der Station München hat in einer Urabstimmung die Einführung der neuen Dienstvorschriften mit einer Mehrheit von 87 Proz. abgelehnt. Eine Betriebsversammlung beschloß einstimmig auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses, daß die beiden Organisationen, Deutscher Eisenbahnerverband und Bayerischer Eisenbahnerverband (driftlich), die nötigen Maßnahmen gemeinsam zu treffen haben.

Lohnabbau in Holland.

Rotterdam, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die holländische Regierung hat den Lohn- und Gehaltsabbau für alle Staatsbeamten und -angestellten um 10 Proz. verordnet.

Wetterbericht für Berlin und Umgegend. Heutige heiter und trocken, ziemlich warm bei schwachen, nordhergend östlichen Winden.

Verantwortlich für Text: Graf Reuter; Wirtschaft: Arno Eckert; Gewerkschaftsbewegung: Felix Eglora; Familien: Dr. John Schillmeit, Solatia und Conhies; Zeit Nachdruck: Anzeigen: H. Gluck; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutsches Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G. m. b. H., Lindendamm 3, Stern 2 Heilagen.



Cavalin an Sommertagen schafft unendliches Behagen.

Der Streupuder gegen Schweiß und dessen Wirkungen. — Für Sport und Wanderung.

SALAMANDER ZUM ARBEIT
SALAMANDER ZUM FEST!

SALAMANDER

